Lagebild extrem rechter Aktivitäten in Hannover 2021

www.recherchenetzwerkhannover.org

Inhalt

Vorwort 3

Zur Sprache und Begriffen 5

Chronologie 7

Statistik 16

Analyse 18

Rechtsterrorismus in der Region 22

NPD und Eschede 25

Weitere Informationen 28

Über uns

Das Agieren des NSU und der Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke haben gezeigt: Rechte Netzwerke bestehen über Jahrzehnte, unabhängig von der durch die Öffentlichkeit wahrgenommenen Aktivität. Abseits der extrem rechten Parteienlandschaft agieren Personenzusammenhänge zumeist ungestört.
Wir wollen als Recherchenetzwerk aus Fachexpert*innen und Antifaschist*innen regionales Wissen über die extrem rechten Strukturen bündeln, analysieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dabei legen wir unseren Fokus auf Hannover und die umliegenden Regionen.

Website: www.recherchenetzwerkhannover.org
Mail: Kontakt@recherchenetzwerkhannover.org

Vorwort

Auch für das Jahr 2021 veröffentlichen wir wieder ein Lagebild zu extrem rechten Aktivitäten und Vorfällen in Hannover und der Region. Mit Hilfe dieses Lagebildes sollen lokale Schwerpunkte sichtbar gemacht werden, Kontinuitäten aufgezeigt werden und die Existenz extrem rechter Strukturen und die damit einhergehenden Gefahren aufgezeigt werden. Nachdem wir 2020 unser erstes Lagebild veröffentlicht haben, lassen sich dieses Jahr erste, vorsichtige Vergleiche anstellen und abweichende sowie identische Entwicklungen aufzeigen. Sowohl die gemeldeten Vorfälle als auch die Teilnehmenden an extrem rechten Veranstaltungen und Aufmärschen sind dabei zum Vorjahr nochmals deutlich angestiegen.

Die größere Anzahl an gemeldeten Vorfällen dürfte dabei aber auch an der gestiegenen Bekanntheit unseres Projektes liegen. Immer mehr Menschen melden Vorfälle und Aktivitäten und tragen damit zu einem größer werdenden Hellfeld bei. Wir sind für die Dokumentation auf Berichte oder Hinweise angewiesen. Nur ein Bruchteil der realen Vorfälle wird in unserer Chronik erfasst. Die Dunkelziffer an nicht aufgeführten und ausgewerteten Aktivitäten ist um ein Vielfaches größer. Wir hoffen, diese Dunkelziffer in den nächsten Jahren weiter senken zu können und sind dankbar über jeden gemeldeten Vorfall, den wir gerne in unsere Dokumentation aufnehmen. Gerade marginalisierte Personen und Personengruppen sowie Personen, welche maßgeblich von den verschiedenen Diskriminierungsformen betroffen sind, werden in unserer Chronik unzureichend repräsentiert. Zudem gibt es auch geographisch deutliche Unterschiede im Verhältnis von Hell- zu Dunkelfeld.

Wir haben uns bewusst dazu entschieden, alle verschwörungsmythologischen Versammlungen und Aktionen mit in unsere Chronik aufzunehmen. Uns ist bewusst, dass das dortige Personenpotential sehr heterogen aufgestellt ist. Nicht jede Person, die eine solche Veranstaltung besucht, hat ein gefestigtes extrem rechtes Weltbild oder kann auf eine Historie in einer solchen Gruppe zurückgreifen. Trotzdem vertreten führende Personen dieser Bewegung antisemitische Einstellungen, es werden extrem rechte Personen und Organisationen toleriert und die grundlegenden Erklärungsmuster basieren auf antisemitischen Erzählungen und Stereotypen. Wer also eine solche Veranstaltung besucht, nimmt an einer extrem rechten Aktion teil und unterstützt und legitimiert diese mindestens durch die Anwesenheit. Zudem ist eine deutliche Radikalisierung dieses Spektrums zu beobachten. Der Antisemitismus wird dabei immer offener zur Schau gestellt und artikuliert. Die explizite Gefahr, die von Personen dieser Veranstaltung ausgeht, wächst ebenfalls weiterhin an. Pressevertreter*innen werden regelmäßig an ihrer Arbeit gehindert und angegriffen, zudem folgen auf die verbale Radikalität in den unzähligen Foren und Telegram-Kanälen auch immer häufiger direkte Attacken gegen vermeintliche Feindbilder und deren Institutionen.

Im Folgenden beschreiben exemplarische Aktivitäten die Situation in den einzelnen Monaten und geben einen Überblick über die jeweiligen Entwicklungen und besonders prägnante Ereignisse. Die in diesem Lagebild aufgeführten Beispiele stehen dabei nur exemplarisch für eine Vielzahl an Aktionen. Die Informationen zu jedem Vorfall liegen uns dabei intern vor und wurden von uns verifiziert.

Am Ende unseres Lagebildes gehen wir zudem auf allgemeine Entwicklungen und Strategien der extremen Rechten ein, welche im Jahr 2021 in Hannover und der Region zu beobachten waren. Zudem setzen wir einige Schlaglichter auf einzelne Entwicklungen oder besondere Recherchen, welche wir im vergangenen Jahr veröffentlicht haben.

Wir möchten uns an dieser Stelle auch bei all den Menschen bedanken, welche uns rechte Vorfälle gemeldet haben und uns über extrem rechte Aktivitäten informiert haben, bei den (freien) Journalist*innen, welche von den extrem rechten Aufmärschen und Veranstaltungen berichten und immer wieder Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt sind. Nur durch ihre Berichte und Fotos ist ein umfassendes Monitoring solcher Veranstaltungen möglich. Und bei all den Menschen, die aktiv an der Realisierung und Veröffentlichung dieses Lagebildes beigetragen haben.
Unsere Solidarität haben all die Menschen, welche betroffen sind von Angriffen, Bedrohungen und Diskriminierung sowie der aktiven, antifaschistischen Zivilgesellschaft, welche sich diesen vielfältigen Formen der Diskriminierung entgegenstellt, aufklärt und empowert.

Recherchenetzwerk Hannover,
Januar 2022

Zur Sprache und Begriffen in dieser Broschüre

Warum “extreme Rechte”

Wir nutzen in dieser Broschüre den Begriff der “extremen Rechten” als Sammelbezeichnung für Bewegungen, Organisationen und Personen, die Menschen in Kategorien einordnen und als Ungleichwertig ansehen. Menschen, denen solche Kategorien zugeschrieben werden, werden dadurch abgewertet. Als Folge dieser Abwertung werden sie bedroht, angegriffen und ermordet. Mit der häufiger verwendeten Begrifflichkeit des Rechtsextremismus werden heute überwiegend Personen und Organisationen beschrieben, die vermeintlich am äußeren, als extrem wahrgenommen Rand eines politischen Spektrums verortet werden. Extrem rechte Einstellungsmuster wie Antisemitismus und Rassismus finden sich aber nach der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Forschung bis weit in die “Mitte” der Gesellschaft. Der Begriff der “extremen Rechten” soll diese Unterscheidung verdeutlichen. Der Rechtsextremismusbegriff stützt sich dabei auf die sogenannte “Extremismustheorie”, welche neben einer bürgerlichen Mitte zwei “extreme” Ränder beschreibt, welche gleichzusetzen wären. Diesem theoretischen Fehlschluss wollen wir mit der Verwendung des Begriffs der extremen Rechten entgegenwirken.

Warum “Verschwörungsmytholog*innen”

Ab Frühsommer 2020 mobilisierten in Hannover mehrere Gruppen gegen die Coronaschutzmaßnahmen. In Abgrenzung zu einzelnen Protesten von Berufsbranchen richtete sich die artikulierte Kritik der “Coronakritiker” nicht ausschließlich gegen einzelne Maßnahmen, sondern gegen die Regierung, das demokratische System und gegen einzelne politische Entscheider*innen und Wissenschaftler*innen. Dabei wurde auf Versammlungen und in den Kommunikationskanälen der Gruppen die Pandemie geleugnet und unter anderem als geheimer Plan von bösen Mächten gedeutet. Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden geleugnet, abgelehnt oder bewusst umgedeutet. Die Teilnehmer*innen dieser Proteste setzten sich aus verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Schichten zusammen, die keine gemeinsame “Ideologie” besaßen, sondern sich über einzelne Begriffe und Erklärungsansätze zusammenfanden. Insofern handelt es sich eher um eine Mythologie als um eine politikwissenschaftlich abgrenzbare Ideologie. Auf den Versammlungen und in den Kommunikationskanälen beteiligten sich Neonazis und Akteur*innen der extremen Rechten, die bereits vor Pandemiebeginn bekannt waren.

Schon 2020 nahmen Neonazis aus dem Umfeld von hannöverschen Neonazikameradschaften, der Identitären Bewegung und extrem rechter Parteien an den Protesten teil. Viele der dort vertretenen Inhalte können als sozialdarwinistisch und antidemokratisch beschrieben werden. Besonders zwei Elemente der Proteste und der Kommunikation dieser Personen und Gruppen ähneln dabei extrem rechten Organisationen: Antisemitismus in Form von Schuldzuschreibungen an “mächtige Eliten” und Geschichtsrevisionismus in Form von Vergleichen und Verharmlosungen zum Holocaust und der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland.

Was und wie erfassen wir

Im Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 haben wir 318 einzelne Meldungen erfasst. Unterschieden wurde in den Kategorien Anschlag, Angriff, Bedrohung, Propaganda, Versammlung, Wahlkampfaktion, Razzia und Sonstiges. Meldungen wurden dabei jeweils nur einer Kategorie zugeordnet, auch wenn mehrere Kategorien betroffen waren. So wurden z.B. körperliche Angriffe auf Journalist*innen, bei denen auch verbale Drohungen ausgesprochen wurden, nur als Angriff gezählt. Neben einer Beschreibung der Vorfälle wurde der Zeitpunkt oder Zeitraum, falls ersichtlich, eine Diskriminierungsdimension und eine Kategorie zur Meldung gespeichert.

Die Mehrzahl der Meldungen stammt, neben unseren eigenen Beobachtungen und dem Monitoring von Social-Media, aus der Berichterstattung von Fachjournalist*innen, freien Journalist*innen und aufmerksamen Beobachter*innen. Die Belege werden von uns datenschutzkonform archiviert. Zudem werden Meldungen nur erfasst, wenn diese eindeutig verifiziert werden können und entsprechende Belege dafür vorliegen.

Chronologie 2021

/Januar

Am 02. Januar wird eine antisemitische Wandcollage am Landesfunkhaus des NDR entdeckt. Wenige Tage später wird ein Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer mit roter Farbe beschmiert und Dekoration zerstört. Auf dem Friedhof sind unter anderem die Überreste von 154 sowjetischen Staatsbürgern bestattet, die von den Nazis ermordet wurden. Die Aufschrift „Zur ewigen Erinnerung an die Angehörigen der UDSSR und anderer Nationen, Opfer der Nazi- Brutalität. Grausam gemordet zu Hannover am 8. April 1945“ wurde mit „Tod den Roten“ bemalt. Die Schändung des Gedenkortes erinnert dabei an eine ähnliche Aktion im Mai 2020. Damals war in den Tagen vor dem Jahrestag der nationalsozialistischen Bücherverbrennung am Maschsee eine Gedenktafel mit NS-Symbolen bemalt worden. Auch dort mit roter Farbe. Am gleichen Tag grüßt ein Passant im Hauptbahnhof mehrere Polizist*innen mit einem „Hitlergruß“. Auf eine folgende Personalienkontrolle reagiert er aggressiv. Er erhält ein Hausverbot und einen Platzverweis. Kurze Zeit später kehrt er zurück, behauptet eine Waffe zu haben und fordert die Polizei auf ihn zu erschießen. Diese nimmt ihn daraufhin in Gewahrsam. Ein hinzugezogener Amtsarzt kann keine Eigen- oder Fremdgefährdung feststellen. Die Polizei lässt ihn mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole im Gepäck wieder ziehen.

Im Verlauf der folgenden Woche werden extrem rechte Sticker in den hannöverschen Stadtteilen Kleefeld, Hainholz, Linden und in der Nordstadt entdeckt. Die überwiegende Mehrheit stammt aus einem extrem rechten Versandhandel aus Halle. Eine Woche später wird eine Person of Color im Hauptbahnhof beim Einsteigen in einen Zug rassistisch beleidigt. Als sie in Lehrte den Zug verlässt, wird sie zusammengeschlagen und getreten.

In der letzten Januarwoche werden Hakenkreuze im Dorf Sülze bei Celle auf einem Stromkasten, einer Schuppenwand und einen Bahnwagon gemalt. Am Wochenende und im Übergang zum Februar werden erneut massiv extrem rechte Sticker aus dem Haller Versandhandel verklebt u.a. in den hannöverschen Stadtteilen Nordstadt, Hainholz, List, Vahrenwald, Sahlkamp, Herrenhausen, Bothfeld, Groß-Buchholz sowie in der Calenberger Neustadt.

/Februar

Anfang Februar schenkt eine unbekannte Person zwei Wohnungslosen eine Schnapsflasche die eine ätzende Flüssigkeit enthält. Als die beiden aus der Flasche trinken verätzen sie sich die Speiseröhre. Einer der beiden muss im Krankenhaus stationär versorgt werden. Bereits im Januar hatte sich bei einem ähnlichen Vorfall eine andere wohnungslose Person leicht verletzt. Eine Tat aus sozialdarwinistischen Gründen scheint naheliegend. Ende Februar werden in der List erneut extrem rechte Sticker verklebt. Am 26. Februar zieht eine Gruppe Neonazis von der List über Linden nach Limmer. Auf dem Weg hören sie laut Rechtsrock und verkleben extrem rechte Sticker. Am Folgetag kommt es in Linden bei einer spontanen Protestaktion aus dem Umfeld der verschwörungsmythologischen Coronamaßnahmengener*innen-Spektrum zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit Antifaschist*innen. Ein Antifaschist wird leicht verletzt. Am gleichen Tag wird in Hannover-Bemerode ein LGBTQI*-feindliches Graffiti an einer Unterführung entdeckt. Einen Tag später werden in der hannöverschen Nordstadt Sticker der NPD-Jugend mit dem Slogan „Hannover verteidigen für Volk und Vaterland“ verklebt. Weitere extrem rechte Sticker werden in Linden und der Calenberger Neustadt gefunden.

/März

Im März wird in einem Hauseigang in der Nordstadt Feuer gelegt. An der Wohnungstür klebte ein Zettel mit LGBTQI*-feindlichen Parolen. In einem Fenster des Hauses hing zuvor eine Regenbogenfahne. In den Wochen vor der Brandstiftung waren unter anderem in der Straße und im Umfeld auch Sticker mit extrem rechten Motiven verklebt worden.

Mitte März protestieren Verschwörungsmytholog*innen spontan und unangemeldet gegen die Corona-Politik an der Vahrenwalder Straße. Ein freier Journalist, der den Protest dokumentiert, wird von den Teilnehmer*innen im Verlauf der Versammlung beleidigt und bedroht. Nach dem Ende der Protestaktion wird er von ehemaligen Teilnehmer*innen zu Fuß und durch mehrere öffentliche Verkehrsmittel durch die Stadt verfolgt. Im Nachgang werden in einer Messengergruppe ein Foto von ihm und seine Social Media-Accounts gepostet.

Am Tag danach werden in Lehrte zwei junge Geflüchtete an einer Bushaltestelle rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht.

Zwei Tage nach dem Protest an der Vahrenwalder Str. findet in der Nähe der Bundesparteitag der von Verschwörungsmytholog*innen und Coronamaßnahmengegner*innen gegründeten Partei „Die Basis“ in einer Event-

Location statt. Die Delegierten verabschieden unter anderem das Wahlprogramm der Partei für den Bundestagswahlkampf. Ende März beleidigt der stadtbekannte Neonazi Patrick I. mehrere Personen rassistisch in einer U-Bahn und greift eine Person körperlich an.

/April

Am ersten April werden auf der Limmerstraße im Stadtteil Linden verschwörungsmythologische Plakate, Sticker und mit Sprühkreide gesprühte Parolen, u.a. „Masken machen krank“ entdeckt. Auf den Plakaten wird zu einer Versammlung vor dem Wohnhaus des niedersächsischen Ministerpräsidenten mobilisiert. Am Tag des bundesweiten Gedenkens an die Coronatoten, am 18. April, wird eine Deutschlandfahne an einer Grundschule in Pattsensen-Schulenburg verkehrt herum gehisst. Das Symbol der umgedrehten Deutschlandfahne wurde zuvor schon bundesweit auf Coronaprotesten genutzt, um die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland zu zeigen. Am gleichen Tag werden in Hannover-Bothfeld Mitglieder der extrem rechten Kleinstpartei „3. Weg“ gesehen, die Sticker verkleben. Im Laufe des 20. April werden erneut in Linden verschwörungsmythologische Stencils mit Sprühkreide auf Gehwege gesprüht. Die Stencils machen Werbung für eine Webseite auf der Fake-News zum Corona-Virus verbreitet werden.

In der folgenden Nacht wird ein Fenster des AStA der Leibniz Universität eingeworfen. Weitere bereitgelegte Steine wurden in der Nähe gefunden. Im Vorfeld gab es bereits Anfeindungen gegen den AStA, weil er die Veranstaltung eines Polizisten in der Universität kritisiert hatte.

Zwei Tage später werden rassistische Sticker auf der Limmerstraße in Linden entdeckt. Die Sticker zeigen eine Cartoonhafte Figur in einer Burka mit der Aufschrift „Integrier dich, weiße Frau!“

Am nächsten Tag werden gleiche Sticker rund um das Steintor in Hannover-Mitte entdeckt.

Ende April bedroht ein 44-jähriger Mann mehrere Jugendliche in Hannover-Mittelfeld mit einer Schreckschusswaffe und beleidigt sie rassistisch. Die herbeigerufene Polizei durchsucht die Wohnung des Mannes und stellt die Waffe sowie Munition sicher.

/Mai

Zu einer bundesweit mobilisierten Kundgebung der verschwörungsmythologischen Coronamaßnahmengegner*innen am 1. Mai versammeln sich 1.100 Personen auf dem Trammplatz. Die Teilnehmer*innen bezeichnen Polizist*innen als KZ-Aufseher und Mauerschützen. Eine Rednerin vergleicht das Impfen mit Genozid. Unter den Teilnehmer*innen der Versammlung sind auch bekannte extrem rechte Hooligans, Neonazis und Personen aus dem sog, „neurechten“ Spektrum. Mehrere Journalisten berichten von Bedrohungen und körperlichen Angriffen durch Teilnehmende auf sie.

Am Rand einer linken 1. Mai-Demonstration am Abend wird die Demonstration aus einer Burschenschaft heraus angepöbelt. Ein Burschenschaftler zeigt der Demonstration einen „Hitlergruß“.

Drei Tage später werden an einer Bundesstraßenüberführung in Bemerode über mehrere Meter extrem rechte Parolen und SS-Runen gesprayt.
Am nächsten Tag wird ein Mitarbeiter der Stadt Hannover am Aegidientorplatz von einer Frau geschlagen und rassistisch beleidigt. Der Mitarbeiter hatte die Frau auf die fehlende Mund-Nasen-Bedeckung in der U-Bahn hingewiesen.
Einen Tag später meldet die Hannoversche Allgemeine Zeitung, dass auf das Büro der SPD-Ratsfrau Hülya Iri geschossen wurde. Ein Geschoss hatte eine Fensterscheibe getroffen und beschädigt.
In der folgenden Woche werden in Hannover-Hainholz, in der Umgebung des Stadtteilzentrums verschwörungsmythologische Kreide-Parolen mit Coronabezug auf Gehwege gemalt. Außerdem werden diverse Sticker der Identitären Bewegung und der neurechten Kampagne „Ein Prozent“ in der Südstadt gefunden. „Tu was revolutionäres, Gründe eine Familie” und “Stand your ground“, werden die Südstädter*innen auf den Stickern aufgefordert.
Im Mai wird außerdem bekannt, dass vor Schulen in Hannover Sprühereien gegen die Maskenpflicht und Impfungen auftauchen. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung.
Auf einer Brücke zwischen den Stadtteilen Linden und Nordstadt kommt es in der vorletzten Maiwoche zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen „Querdenker*innen“ und Antifaschist*innen. Ein Antifaschist erleidet dabei eine Platzwunde am Kopf.
Zwei Tage später führt die Partei „Die Basis“ aus dem verschwörungsmythologischen Spektrum einen Infostand am Lindener Markt durch.
Während am Monatsende der Kreisparteitag der „AfD Hannover-Stadt“ stattfindet, werden Sticker der Identitären Bewegung in Misburg rund um die Noltemeyerbrücke verklebt.

/Juni

Am 13. Juni werden auf der Limmerstraße in den Abendstunden vier Passant*innen aus einem SUV angepöbelt „wo denn hier der Zug nach Auschwitz fahre“. Ein dazukommender Kioskbesitzer wird aus dem Fahrzeug rassistisch beleidigt.
In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni wird in einem Wäschekorb in einer Geflüchtetenunterkunft in Laatzen Feuer gelegt. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung und prüft nach eigenen Angaben auch ein “fremdenfeindliches Motiv”.

/Juli

Den gesamten Juli über werden Plakate und Plakatwände der demokratischen Parteien in Burgdorf mit extrem rechten Parolen und NS-Symbolen beschmiert. Auch die Parteibüros von SPD und Die Grünen werden mit Parolen, Beleidigungen und NS-Symbolen bemalt. Außerdem werden dort im Juli Plakate der NPD-Jugendorganisation plakatiert.

Am 2. Juli erhält die extrem rechte Kleinstpartei „Die Rechte Braunschweig/Hildesheim“ ihre Wahlzulassung für die Landtagswahl. Zwei Parteimitglieder besuchen die Sitzung des Wahlausschusses und verbreiten ihren Besuch des Landtags in propagandistischer Form in einem Messenger-Kanal.

Mitte Juli werden diverse extrem rechte Sticker in Seelze-Letter gefunden. Darunter Sticker der Partei „die Rechte“, der Marke “AnsgarAryan“ und Sticker aus einem Versandhandel aus Halle. Ende Juli wird der Sohn des Piraten-Ratsherrn Bruno Adam Wolf an der Wohnungstür in Limmer abgefangen, rassistisch beleidigt und unmittelbar mit Pfefferspray angegriffen. Es fällt die Aufforderung „Verpiss dich aus Deutschland!” Der Ratsherr wertet den Angriff auf seinen Sohn auch als Angriff auf sich.

/August

Wenige Tage später wird dem Kommunalpolitiker Bala Ramani eine SPD-Wahlkampfpostkarte in den Briefkasten geworfen. Auf der Vorderseite der Postkarte sind Fotos mehrerer SPD-Politiker*innen abgedruckt. Nicht-weiße Politiker*innen sind mit einem Stift durchkreuzt, auf der Rückseite outet sich der Absender mit deutschem Namen als Vermieter von AfD-Wähler*innen.

Auch in Burgdorf setzen sich die extrem rechten Aktivitäten fort. Wahlplakate der Partei Die Grünen werden beschädigt und das Parteibüro mit Stickern der NPD-Jugendorganisation beklebt.

Am Ende der ersten Augustwoche findet u.a. ein Wahlkampfstand der AfD in Hannover statt. Beim Aufbau des Standes kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit einem Gegendemonstranten. Der Gegende-

monstrant wird von AfD-Wahlkämpfern zu Boden gebracht und festgehalten, wobei er sich verletzt. Er muss von Rettungskräften behandelt werden.
Ein berichtender Journalist wird am Stand von einem AfD-Wahlkämpfer abfotografiert. Es fällt der Satz „Wir wollen Bilder von unseren Feinden. Von denen, die wir einsperren werden. Aber das geht noch nicht". Er sehe die Presse allermeistens als Feind.
In den folgenden Wochen finden mehrere Infostände der AfD und der Partei „Die Basis" in Barsinghausen, Steinhude, Wunstorf und Hannover statt. Am 21.08.2021 kreist ein Sportflugzeug über Hannover, das Wahlkampfwerbung für die AfD auf einem Banner macht.

Bis Ende August werden mehrfach Sticker der Identitären Bewegung gezielt an die Fassade des Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in der hannöverschen Nordstadt geklebt. Aussagen auf den Stickern lauten u.a. „Unser Land unsere Werte" und "Make Love & Defend Europe".

/September

Am ersten September werden Sticker der Identitären Bewegung im Umfeld des Klimacamps der Fridays for Future-Bewegung am Tramm-platz verklebt. Am nächsten Tag werden Plakate der Identitären Bewegung am Vahrenheider Markt gesichtet. Zwei Tage später melden Aktivist*innen des Klimacamps eine Gruppe aus ungefähr 15 Neonazis, die nachts das Camp ausspähen und die Aktivist*innen einschüchtern. Am nächsten Vormittag findet eine Kundgebung der AfD mit dem Titel „Kinder schützen! Impfpflicht verhindern!" vor dem Landtag statt. Etwa 100 Personen nehmen daran teil. Mehrere Journalist*innen die von der Kundgebung berichten, werden teilweise auch körperlich bedrängt. Am Mittwoch der folgenden Woche durchsucht die Polizei ein Haus im Ort Mellendorf in der Wedemark. Die Durchsuchung steht im Zusammenhang mit einer Wehrsportgruppe aus Reservisten und Bundewehrangehörigen. Kopf der Wehrsportgruppe soll ein Reservist sein, der Vorstandsmitglied der Reservistenkreisgruppe Hannover ist. Der Beschuldigte verfügt über enge Kontakte zu völkischen extremen Rechten.
Laut einem Beitrag auf einem neurechten Portal hängen am 11. September Aktivisten der Identitären Bewegung Tarnsparente in mehreren Städten auf. Auch in Hannover soll ein Transparent mit dem Aufdruck „Kein Zweites 2015" und einem Flugzeug aufgehängt worden sein.
Drei Tage später folgt eine weitere Razzia im Zusammenhang mit der Wehrsportgruppe. Bei der Durchsuchung werden Waffen und Munition gefunden.
Zwei Tage später wird auf der Verteilerebene der U-Bahnstation Kröpcke in Hannover auf einer Mauer ein mit Edding geschriebenes "Sieg Heil" und "Drei null acht" entdeckt. Ob der*die Künstler*in §308 StGB - Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion gemeint haben könnte, kann nicht abschließend bewertet werden. Am nächsten Tag werden in Laatzen gemalte Parolen gefunden, die sich gegen die antifaschistische Bewegung richten. Am gleichen Tag wird erneut ein extrem rechter Sticker direkt an die Fassade des Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße gestickert. Diesmal fordert der Aufdruck auf, den „Corona-Wahn-

sinn“ zu beenden. Auch am folgenden Tag werden extrem rechte Sticker in Hannover gesichtet. In Bemerode werden im Umfeld des Rathauses Sticker mit einer Parole verklebt, die sich auf einen Song der Rechtsrockgruppe Stahlgewitter beziehen. Auch am nächsten Tag werden extrem rechte Sticker gesichtet. In Hannover-Davenstedt kleben Sticker aus einem extrem rechten Versandhaus, welche die ehemalige stellvertretende Bundestagsvizepräsidentin und Grünen-Politikerin Claudia Roth verunglimpfen.

In der folgenden Woche findet eine AfD-Wahlkampfkundgebung am Kröpcke mit Beatrix von Storch als Rednerin in Hannover statt. Unter den 20-40 Besucher*innen sind neben AfD-Abgeordneten und Kommunalpolitikern auch der stadtbekannte Neonazi Dirk Heuer. Aufgrund des sehr lauten Gegenprotestes hat die Veranstaltung kaum wahrnehmbare Außenwirkung. In einem Redebeitrag beschimpft und beleidigt die angereiste und sichtlich gereizte AfD-Spitzenfrau deshalb die Gegendemonstrant*innen. Ein Teilnehmer der AfD-Kundgebung schubst einen Journalisten, ein anderer greift einem weiteren Journalisten in die Kamera und behindert ihn bei seiner Arbeit. In den Abendstunden feiert die AfD ihren wenig erfolgreichen lokalen Wahlkampfabschluss in einer Event-Location im Stadtteil Linden mit von Storch.

Am Rand einer feministischen Demonstration anlässlich des „Safe Abortion-Day“ am 28. September werden Demonstrationsteilnehmer*innen aus einer Männergruppe heraus angepöbelt und bedroht. Unter anderem fällt der Satz. “Wäre Hitler hier, wären die Demonstranten gar nicht da.“ Die Männer bezeichnen sich selbst im Laufe des Wortgefechts als „Stolze Deutsche“.

/Oktober

Ein gemeinsames Kunstwerk von Neustädter Schüler*innen, das ein Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus setzen sollte, wird am 10.10, dem Tag nach der Einweihung, von unbekannten zerstört. Am nächsten Tag werden diverse extrem rechte Sticker im Umfeld einer von Neonazis frequentierten Kneipe im hannoverschen Stadtteil Kleefeld entdeckt.

Auch in Hainholz und Hannover-Mitte werden bis Ende Oktober extrem rechte Sticker verklebt.

/November

Am 10. November wird in der List auf mehrere Müllboxen der Slogan „Nürnberg Kodex“ geschrieben. Der Nürnberger Kodex ist eine ethische Richtlinie zur Durchführung medizinischer, psychologischer und anderer

Experimente an Menschen. Verschwörungsmytholog*innen nutzen den Kodex um die Impfkampagnen zu delegitimieren. Mutmaßlich wurden die Schriftzüge im Laufe des 09. November, dem Gedenktag an die Reichspogromnacht gemalt. Mitte November werden extrem rechte Sticker in den Stadtteilen Herrenhausen und Vahrenheide verklebt. In Vahrenheide tauchen Plakate auf, die für eine extrem rechte Sonnenwendfeier in Celle-Eschede werben.

/Dezember

Am 04. Dezember mobilisiert die AfD zu einer Kundgebung gegen die Coronapolitik der Bundes- und Landesregierungen. Ungefähr 400 Personen versammeln sich vor dem Landtag. Unter den Teilnehmer*innen sind Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Nazikameradschaft “Besseres Hannover” und weitere Neonazis, die in den Wochen zuvor an einem extrem rechten Aufmarsch in Dortmund teilgenommen hatten. In der zweiten Dezemberhälfte kommt es, maßgeblich durch einen extrem rechten Telegramkanal organisiert, zu diversen spontanen Demonstrationen der verschwörungsmythologischen Coronamaßnahmengegner*innen. Immer wieder setzen sie sich über polizeiliche Auflagen und Anweisungen hinweg. Die Polizei lässt sie überwiegend gewähren oder ist aufgrund wenig eingesetzter Polizeikräfte nicht in der Lage die Aufmärsche zu stoppen.

Parallel dazu kommt es im Dezember zu mehreren verbalen und körperlichen Angriffen im Zusammenhang mit Menschen, die das Tragen von Masken verweigern oder in Testzentren randalieren. In Empelde greift ein Mann in einem Testzentrum eine Mitarbeiterin an, die ihn auffordert, eine App für das Testergebnis herunter zu laden. Drei Tage später läuft eine Gruppe der “Studenten stehen auf” in den Abendstunden durch die Nordstadt. Die Gruppe sprüht Parolen mit Farbe und Schablonen an Hauswände, klemmt Flyer an Autos und verklebt Plakate mit antisemitischen und extrem rechten Inhalt mit Pandemiebezug. Die Plakate sind wie polizeiliche Fahndungsplakate gestaltet und rufen zur Ergreifung von Politiker*innen, Virolog*innen und von Antisemit*innen als Feinde markierte Personen, auf. Zwei Tage darauf kommt es zu einer handfesten Auseinandersetzung, als bei einem spontanen verschwörungsmythologischen Protest Gegendemonstrant*innen einen Demonstrationszug in der Nähe des Maschsees kurzzeitig blockieren. Sie schaffen das, was die Polizei an diesem Tag nicht

Hannover 04.12.2021, Quelle: Recherche Nord

schafft. Als die beiden Gruppen aufeinandertreffen, greift ein Verschwörungsmythologe eine Person aus dem Gegenprotest mit Fäusten an. Zum Ende der folgenden Woche besucht der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eine Kinderimpfaktion im Zoo Hannover. Ungefähr 50 Personen folgen dem Aufruf in einer verschwörungsmythologischen Messengergruppe zu einer Kundgebung vor dem Impfzentrum. Dort beschimpfen sie den Gesundheitsminister und ankommende Eltern und Kinder. Am nächsten Tag wird der Journalist Michael Trammer bei einer weiteren verschwörungsmythologischen Versammlung am Opernplatz von einer Teilnehmerin mit einem Schlag ins Gesicht leicht verletzt. Dort hatten sich 550 Personen versammelt. Polizeikräfte, die vereinzelte Personen wegen Verstößen gegen die Auflagen kontrollierten, wurden beschimpft und bedrängt. Auch am nächsten Tag demonstrieren Verschwörungsmytholog*innen in der hannöverschen Innenstadt. Ungefähr 30 Personen stellen Kerzen vor dem Anzeigerhochhaus ab und vergleichen die Pandemiesituation mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahr 1933.

Am Folgetag treffen sich die Verschwörungsmytholog*innen zu einer spontanen Versammlung am Neuen Rathaus. Die Polizei schafft es nicht die unkooperativen Demonstrant*innen an einer nicht angemeldeten Versammlung zu hindern. Die Teilnehmer*innen laufen durch den fließenden Verkehr auf dem Friedrichswall und im Anschluss durch die Innenstadt. Immer wieder durchfließen sie Polizeiketten oder laufen ohne Mund-Nasen-Schutz durch Geschäfte und auch über den Weihnachtsmarkt.

Am 23.12.2021 attackiert ein alkoholisierter Mann eine Supermarktmitarbeiterin in Pattensen. Die Frau hatte den Mann auf den fehlenden Mund-Nasen-Schutz hingewiesen. Der Mann bewarf die Frau mit einer Tasse und verletzte sie dabei im Gesicht.

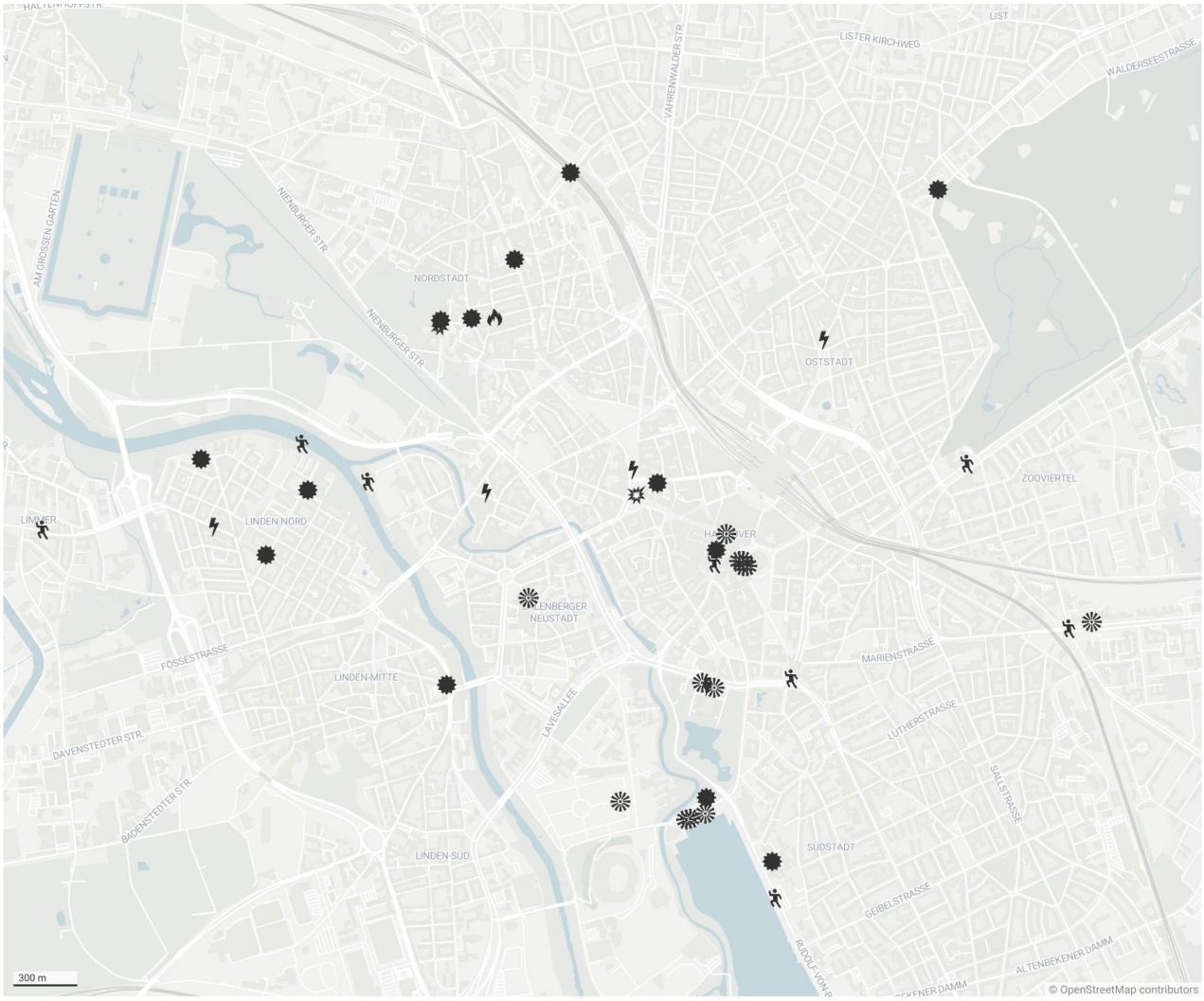
Am Vormittag des 24.12.2021 randaliert ein Mann in einem Testzentrum auf der Lister Meile und wirft mit Gegenständen um sich.

Statistik

Im Jahr 2021 haben wir **318** einzelne Vorfälle dokumentiert. Darunter sind 99 Versammlungen mit mindestens **11.426** Teilnehmenden. **91** dieser Versammlungen waren von Verschwörungsmytholog*innen organisiert. 10.454 Versammlungsteilnehmer*innen nahmen daran teil.

96-mal wurden uns Propagandavorfälle in Form von Stickern, Plakaten, Graffiti oder Flyern mit extrem rechten Inhalten bekannt.
53 Vorfälle bezogen sich auf Wahlkampfaktionen in Form von Infoständen und Plakatierungen von Parteien mit extrem rechten oder rassistischen Inhalten.

25 Vorfälle von extrem rechten Bedrohungen oder Beleidigungen konnten wir dokumentieren.



Legende

Beleidigungen/Bedrohungen | Körperlicher Angriff auf Presse | Körperlicher Angriff | Anschlag | Brandanschlag | Graffiti/Plakate/"Street Art"

33 Vorfälle beziehen sich auf körperliche Angriffe, wobei die überwiegende Mehrheit der Angriffe von Verschwörungsmytholog*innen und ihren Protestaktionen ausgingen. Sechzehn Mal wurden so Journalist*innen zum Ziel von Gewalt. Drei Mal traf diese Gewalt Gegendemonstrant*innen. Mindestens ein Mal wurde die Polizei zum Ziel der Gewalt von Verschwörungsmytholog*innen. Außerdem haben wir zwei Vorfälle, die von Personen ausgingen, die im Zusammenhang mit der Maskenpflicht Gewalt gegen andere Menschen anwendeten.

Auch bei Aktionen der vom Verfassungsschutz in Teilen als rechtsextrem eingestuften Partei Alternative für Deutschland kam es in der Region Hannover zu **4** körperlichen Angriffen. Drei Mal traf diese Gewalt Journalist*innen, einmal eine Person die gegen einen AfD-Infostand protestierte.

8 weitere Angriffe trafen drei Wohnungslose, vier Person of Color, eine mobilitätseingeschränkte Person und eine Jüdin.

5 Vorfälle haben wir als Anschläge erfasst. Es sind Sachbeschädigungen, die gegen von Rassismus betroffene Menschen oder politische Gegner*innen der extremen Rechten gerichtet sind.

4 Vorfälle extrem rechter Aktivitäten konnten in keiner der genannten Kategorien einsortiert werden.

Der Stadtbezirk mit den meisten extrem rechten Aktivitäten ist der Stadtteil Mitte mit **111** Meldungen aufgrund der Versammlungen und den überwiegend dort geschehenen körperlichen Angriffen und Bedrohungen. Darüber hinaus konnten wir in allen 13 Stadtbezirken und in 47 der 51 hannoverschen Stadtteilen extrem rechte Aktivitäten dokumentieren.

In der Region war eine ähnliche, wenn auch geringere Verteilung der Meldungen auf die Städte und Gemeinden zu beobachten. Keine Meldungen haben wir aus Gehrden, Sehnde und Uetze erhalten. In den restlichen Regionsgemeinden kam es jeweils zu uns bekannt gewordenen einstelligen Vorfallzahlen mit Schwerpunkt auf Barsinghausen, Pattensen und Wunstorf.

Analyse

Rechte Gewalt und Betroffene rechter Gewalt

Wie schon im vergangenen Jahr traf die Mehrheit der von uns erfassten körperlichen Angriffe Journalist*innen. Insbesondere bei den Protesten der sog. “Querdenker*innen” wurden diese durch Redner*innen und Teilnehmer*innen mit Aussagen und Beiträgen über Messenger-Gruppen und auf Versammlungen als Feinde markiert. Journalist*innen waren in der Folge im Verlauf des Jahres zunehmend von Beleidigungen und Drohungen betroffen. Sechzehn mal führte diese Feindmarkierung dazu, dass Journalist*innen in Hannover und der Region durch “Querdenker*innen” geschlagen oder weggestoßen wurden. Immer wieder wurde auch versucht die Kameras und Smartphones der Journalist*innen zu entwenden oder zu zerstören.
Auch bei den Wahlkampfaktionen der AfD kam es zu Angriffen. Zwei Journalisten wurden beim Wahlkampfabschluss der AfD am Kröpcke in Hannover durch einen Bundestagskandidaten und einen weiteren Teilnehmer geschubst und in die Kamera gegriffen. Auch in Steinhude kam es bei einer AfD-Wahlkampfaktion zu einem Angriff auf eine Fachjournalistin.

Symbolbild Pressefreiheit, Quelle: Nico Kuhn

Ein Teilnehmer der Versammlung bedrängte die Journalistin, schlug in ihre Richtung und gegen ihre Kamera.

Die Anzahl der uns bekannt gewordenen Angriffe aus rassistischen Motiven auf People of Color ist im Vergleich zum letzten Jahr gestiegen. Die rassistische Attacke auf den Sohn des Piraten-Ratsherren Bruno Adam Wolf mit Pfefferspray und die zusammengeschlagene Person of Color in Lehrte zeigen dabei die besondere Brutalität extrem rechter Gewalt. So wurden beide hier genannten Opfer unmittelbar aus dem Nichts körperlich angegriffen. Wir gehen auch in diesem Jahr von einer wesentlich höheren Dunkelziffer bei rassistischen Angriffen aus. Nur in wenigen Fällen wenden sich Opfer nach rassistischen Angriffen an die Polizei und Beratungsstellen. Nur ein Bruchteil solcher Angriffe wird daher öffentlich.

Die drei verletzten Gegendemonstrant*innen bei Protesten gegen die AfD und Verschwörungsmytholog*innen zeigen, dass auch das Gewaltpotential von, sich als "bürgerlich" gebenden, extremen Rechten hoch ist. Im Fall des verletzten Gegendemonstranten am Rande eines AfD-Infostands rechtfertigten die AfD-Wahlkämpfer die Verletzung mit dem sog. "Jedermannsrecht" zum Festhalten eines Straftäters. Dieses Recht sieht aber keine Legitimation von Körperverletzungen vor. Die Gewalt bei den verschwörungsmythologischen Protesten richtete sich dabei, insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte auch gegen die Polizeikräfte, die die Proteste begleiteten. Immer wieder kam es zu Widerstandshandlungen gegen polizeiliche Maßnahmen und auch zu versuchter Befreiung von Personen, die von der Polizei festgehalten wurden.
Diese Gewalt setzte sich auch abseits der Versammlungen fort. Landes- und Bundespolizei Hannover verzeichneten mehrere Angriffe auf sie bei der Durchsetzung der 2G-Regel und Maskenpflicht in Geschäften, an öffentlichen Plätzen und im Hauptbahnhof. Bei diesen Angriffen ist allerdings kein direkter Bezug zu den Protesten oder der verschwörungsmythologischen Einstellungen der Täter*innen möglich. Dennoch zeigt sich eine hohe Emotionalität und eine Rechtfertigung von Gewalt gegen diese Einschränkungen, deren Ziel die Polizei wird. Äußerungen, wie sie in der Vergangenheit auch auf den verschwörungsmythologischen Protesten in der Region Hannover oder in lokalen Messengergruppen gemacht wurden, sorgen dabei für eine Rechtfertigung der Gewalt und framen diese als "Widerstand" gegen eine Polizei, die als "NS-Schutzabteilung", "NS-Schutzstaffel", als "Mauerschützen" oder Marionetten von antisemitischen Feindbildern bezeichnet werden.

Rechte Raumnahme

Unter dem Begriff der rechten Raumnahme werden Strategien der extrem Rechten zur Aneignung und Besetzung von öffentlichen Räumen gefasst. In urbanen Räumen zeigt sich rechte Raumnahme durch extrem rechte Gruppen und Cliquen, die im Stadtbild präsent sind. Neben dem öffentlichen Auftreten sind auch Markierungen dieser Räume Teil der Strategie. Zu diesen Markierungen gehören Graffitis mit Parolen, Symbolen oder den Namen der Gruppierungen. Auch Aufkleber und Plakate können diese Funktion übernehmen. Solche Markierungen haben in der Regel gleich mehrere Funktionen. Zum einen wird politischen Gegner*innen kommuniziert, dass die Adressierten in ihrem Ort oder Stadtteil nicht alleine sind, sondern dass dort auch extrem rechte Akteure präsent sind. Zum anderen wird der öffentliche Raum dadurch mit extrem rechten Inhalten besetzt und diese Inhalte in die Öffentlichkeit getragen. Nicht zuletzt wird an politisch Gleichgesinnte kommuniziert, dass der so markierte Raum angeeignet wurde: „Das ist unser Revier“. Ziel solcher Raumaneignungen können sowohl die Stadtteile werden, in denen extrem rechte Akteuer*innen wohnen, als auch Stadtteile oder Orte, die von diesen Akteuer*innen als „feindliches Revier“ oder noch unbesetzter Raum wahrgenommen werden. Weitere Ziele sind Räume, die durch ihre bloße Existenz einen Angriff auf extrem rechte Akteure selbst oder ihr Weltbild darstellen. Dazu gehören Gedenkstätten und Mahnmale.

Die Aneignung solcher Räume hat zur Folge, dass der Raum durch andere Personen verändert wahrgenommen wird. Sticker und gesprayte Parolen mit rassistischen Inhalten in Stadtteilen kommunizieren so beispielweise an von Rassismus betroffene Personengruppen eine Ablehnung oder Bedrohung. Dies kann zur Folge haben, dass Angsträume entstehen, oder diese Räume gemieden werden. In Burgdorf wurden im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf im Juli mehrere Plakate demokratischer Parteien und Parteibüros mit „Nazi Zone“-Graffitis bemalt. Zeitgleich wurden in diesem Zeitraum Plakate der NPD-Jugendorganisation mit der Aufschrift „Islamisierung stoppen“ verklebt. Schon im vergangenen Jahr hatte die extrem rechte Gruppe „Calenberger Bande“ insbesondere im östlichen Umland von Hannover Graffiti-Tags mit dem Kürzel „CB“ und einer germanischen Rune zusammen mit Parolen gemalt.

Über 80 der von uns erfassten Meldungen beziehen sich auf solche Markierungen im öffentlichen Raum. Rechte Raumnahme durch Sticker, Plakate, Parolen und Graffitis konnten wir in diesem Jahr in 18 Stadtteilen von Hannover und sechs Regionsgemeinden nachweisen. Auch in diesem Jahr ist eine räumliche Ballung von gemeldeten Stickern, Parolen und Plakaten in den Stadtteilen Linden und in der Nordstadt erkennbar. Dabei ist auffällig, dass sich die Inhalte der extrem rechten Sticker und Parolen dort überwiegend auf die öffentliche Wahrnehmung der beiden Stadtteile als linke und „multikulturelle“ Räume beziehen. Insbesondere in der Nähe von Orten die als „linke Räume“ wahrnehmbar sind, fanden sich in diesem Jahr Sticker und Parolen mit Inhalten gegen die Antifaschistische Bewegung. So unter anderem an den Unabhängigen Jugendzentren Kornstraße und Glocksee, dem Sprengelgelände, dem Punk-Treff an der Kopernikusstrasse, einem Parteibüro der Linkspartei, dem Platzprojekt in Hannover-Linden und dem Gebäude des Allgemeinen

Studierendenausschuss Hannover (AStA). Einige dieser Orte wurden durch Sticker an den Gebäuden oder Sachbeschädigungen im Verlauf des Jahres gezielt durch extreme Rechte adressiert. Neben Stickern mit Schriftzügen und Darstellungen der „Anti-Antifa“ fanden sich in Stadtteilen mit einem höheren Anteil von Bewohner*innen mit Migrationsgeschichte Sticker und Parolen, die extrem rechte Selbstdarstellung oder rassistischen Inhalte propagierten. So u.a. in den Stadtteilen Bothfeld, Vahrenwald, Sahlkamp, List, Vahrenheide und Groß-Buchholz.
Ähnliche Markierungen fanden sich auch außerhalb des Stadtgebiets von Hannover. Unter anderem im hannoverschen Umland und der Region in Burgdorf, Celle, Laatzen, Neustadt am Rübenberge und Seelze. Neben der dargestellten Gegnerschaft gegen „die Antifa“ oder rassifizierte Menschen werden auf den Stickern einzelne Politiker*innen wie Angela Merkel und Claudia Roth verunglimpft, oder gleich alle Parteien als „Altparteien“ bezeichnet und mit linkem Terrorismus gleichgesetzt. Einzelne gefundene Sticker zeigten dabei rassistische oder antisemitische Personendarstellungen oder Symbole. Die Selbstdarstellung der extremen Rechten auf Stickern und Plakaten in Hannover zeigt die extreme Rechte dabei bildhaft, entweder als homogen und blondhaarig in traditioneller Kleidung oder martialisch und wehrhaft in schwarzer Kleidung und vermummt.

Vereinzelte in Hannover gefundene Sticker enthielten antisemitische oder die Shoa relativierende Darstellungen und Chiffren. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen dokumentierte am 17.12.2021 einen Sticker am Steintor in der hannoverschen Innenstadt, der in comichafter Aufmachung einen Zaun und ein Tor zeigt. Über dem Tor ist der Spruch “Impfen macht frei” angebracht. Hierbei handelt es sich in der Darstellung um eine Anspielung an die Lagertore der Konzentrationslager im Nationalsozialismus, über denen in zynisch-menschenverachtender Weise der Spruch “Arbeit macht frei” angebracht war. Die zusätzliche Beschriftung „Da soll noch einer sagen, die Deutschen hätten nichts aus der Geschichte gelernt.“ auf dem Sticker, vergleicht damit die deutsche Impfkampagne mit den Arbeits- und Vernichtungslagern der Nazis.

Rechtsterrorismus in der Region Hannover

Wehrsportgruppe der Reserve

(Dieser Artikel erschien zuerst im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 133, S.34)

Im September 2021 durchsuchten Polizist*innen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg acht Objekte in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die Staatsanwaltschaft wirft neun Beteiligten vor, sich einer bewaffneten Gruppe angeschlossen oder diese befehligt zu haben. Das Ziel dieser extrem rechten Gruppe sei es gewesen rassistische Anschläge durchzuführen und Migrant*innen zu töten. Bei den Durchsuchungen wurden knapp 250 Waffen und Waffenteile sowie dazugehörige Munition gefunden. Mutmaßlicher Anführer der Gruppierung ist Jens G. – (ehemaliger) stellvertretender Vorsitzender der Reservisten-Kreisgruppe Hannover. Sechs der neun Beschuldigten waren Reservisten der Bundeswehr und ehemalige Fallschirmjäger.

Zufallsfund des MAD

Aufgefallen ist die Gruppe um Jens G. über Umwege: bei einer Routineüberprüfung eines Referenten im Verteidigungsministerium durch den militärischen Abschirmdienst (MAD) wurden auf dessen Handy Verbindungen und Chats mit Jens G. festgestellt. Der Referent in der Abteilung “Strategie und Einsatz” hatte Zugang zu sensiblen Geheiminformationen, etwa über das Kommando Spezialkräfte (KSK) und über verdeckte Ermittler*innen des MAD. Gegen ihn laufen derzeit interne Ermittlungen. In der Gruppe um Jens G. soll er allerdings nicht aktiv gewesen sein. So geriet Jens G. allerdings in den Fokus der Ermittlungsbehörden.

Jens G. – Militärfanatiker und Leiter von Schießtrainings

Schaut man sich die Profile von Jens G. in den Sozialen Medien an, wird eines relativ schnell klar: G. ist eine Art Waffenfanatiker und ein großer Fan von Allem was mit dem Militär und der Bundeswehr zu tun hat. Auch wenn er selbst nicht mehr aktiv im Dienst ist, so genießt er doch sichtlich den militärischen Habitus mit all seinen autoritären Gebaren. Neben seiner Arbeit als Zimmermann in der niedersächsischen Wedemark in der Region Hannover, organisiert G. Treffen von Kübelwagen-Fans. (FN: Als Kübelwagen werden historischen Militäfahrzeuge bezeichnet)

Als aktiver Reservist leitete er Schießtrainings, wies Reservisten in Maschinengewehre ein, leitete Übungswochenenden mit Sanitäts-, Absicherungs- und Orientierungsinhalten und war Verantwortlicher für Militärfahrzeugtreffen. Vom hannoverschen Reservisten-

Jens G. Quelle: Facebook

Kreisvorstand wird er als guter Ausbilder beschrieben, der sehr gute Kenntnisse über Bundeswehrwaffen habe. Neben G. gehören zwei weitere Beschuldigte der Reservisten Kreisgruppe Hannover an.

G. war nicht nur aktives Mitglied und Ausbilder der Reservisten, er war zudem auch stellvertretender Vorsitzender der Reservisten-Kreisgruppe Hannover. Diese versuchte Anfangs ihre Verbindungen zu ihm zu verschleiern. Nachdem „Der Spiegel“ über Jens G. als Kopf der Wehrsportgruppe berichtete wurden plötzlich die Beiträge, Namen und Bilder der Vorstandsmitglieder von der Seite gelöscht. Schaut man derzeit auf die Website sind nur noch die Kontaktdaten des Vorsitzenden zu finden, wo zuvor noch das Portrait von G. zu sehen war. Auf Nachfragen verschiedener Medien, beteuert der Verband, von der rassistischen und völkischen Gesinnung nichts gewusst zu haben. Sie wollten voreilige Schlüsse vermeiden. Daher sei G. von seinen bisherigen Aufgaben entbunden, bis es ein Ergebnis der Untersuchungen gebe. Außerdem positioniere man sich grundsätzlich gegen jeden Extremismus. Eine deutliche und nachdrückliche Distanzierung von Personen aus den eigenen Reihen, die wohlmöglich aus rassistischen Motiven Migrant*innen ermorden wollten, sieht anders aus.

Alter Bekannter der völkischen Szene mit bester Vernetzung

Jens G. fällt nicht nur durch seine Obzession für alles Militärische auf. Nach Recherchen von Andrea Röpke und Olaf Meyer, die sie im “Blick nach rechts” veröffentlicht haben, soll G. in der völkischen Szene Niedersachsen kein Unbekannter sein Im Gegenteil: G. nahm demnach an mehreren völkischen Veranstaltungen teil. Röpke und Meyer schreiben dazu: “Im Landkreis Uelzen, in der Nähe von Bienenbüttel besuchte er 2016 einen „Maitanz“ der völkischen Szene. Zu diesem Event wurden sogenannte Sippenmitglieder aus dem politischen Spektrum von NPD, Wiking-Jugend, Heimattreuer Deutscher Jugend, Sturmvogel, Identitäre Bewegung, AfD und rechtsextremer Bünde zum Tanz in den abgelegenen Ortsteil Edendorf geladen. G. reiste mit einem olivfarbenen Volkswagen an. Mit vielen der Gäste war er vertraut.” Ebenfalls und wahrscheinlich nicht zufällig in G.s Freundesliste befindet sich der Schwiegersohn von Joachim Nahtz aus Eschede. Auf Hof Nahtz finden seit Jahrzehnten extrem Rechte Veranstaltungen, Parteitage, Wehrsportübungen und Brauchtumsfeierlichkeiten der völkischen Szene statt. Mittlerweile hat die NPD-Niedersachsen Joachim Nahtz den Hof abgekauft und baut diesen zum Schulungszentrum aus.

Am 28. September 2001 protestierten Bundeswehr- und Reserveangehörige in der rechten Zeitung „Junge Freiheit“ mit einem Appell gegen die Entlassung des Oberleutnants der Reserve Götz Kubitschek aus einer Wehrübung wegen seines Buches über den Bosnienkrieg und seiner damaligen Tätigkeit als Autor in der „Jungen Freiheit“. Zu den Unterzeichnern gehörte damals auch „Jens G[...], Zimmermann / Oberleutnant d.R“. Aus diesem Umfeld stammt auch ein weiterer Facebook-Freund von Jens G., der mittlerweile verstorbene Peter Boßdorf. Dieser war seit Jahrzehnten in der neurechten Szene aktiv, schrieb für die „Junge Freiheit“, trat als Referent bei Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“ auf und war zuletzt angesehener Bundeswehrexperte.

Wehrsportübungen im Landkreis Hameln

Laut Informationen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) soll die Gruppe um Jens G. auf einem Gut bei Hameln auf eigene Faust Wehrsportübungen durchgeführt haben. Ob auf dem Gelände oder in nahegelegenen Schießständen auch mit scharfen Waffen trainiert wurde, ist bislang unklar, genau so wo sie genau stattfanden. Die Wahl des Landkreis Hameln für diese Übungen verwundert jedoch nicht. Seit Jahrzehnten finden hier immer wieder extrem rechte Wehrsport- und Schießübungen statt. Auch Personen aus dem Kreis um Johannes K. aus dem ehemaligen Umfeld von „Blood&Honour Niedersachsen“ haben hier bereits regelmäßig Wehrsport- und Survival-Übungen durchgeführt.

Was bleibt?

Zum derzeitigen Zeitpunkt bleiben deutlich mehr offene Fragen als Antworten und Erkenntnisse. Vieles lässt sich bisher nur erahnen oder mutmaßen und wird erst durch weitere Recherchen und die kommenden Gerichtsverfahren klarer werden.
Es wird sich zeigen, wer außer den, von den Behörden als Beteiligte gezählte, noch von den Plänen wusste, an den Veranstaltungen teilnahmen oder diese direkt oder indirekt unterstützten. Dass extrem rechte Personen und Gruppierungen innerhalb des Militärs bei weitem keine “Einzelfälle” sind, ist hinlänglich bekannt. Wie gefährlich diese mit ihrem Wissen und Zugängen zu Material und Infrastruktur sind, lässt sich nur erahnen.

An dieser Wehrsportgruppe zeigt sich nochmals nachdrücklich die Gefahr, die von der völkischen Szene ausgeht. Sie schafft einen fruchtbaren Nährboden für solche Wehrsportgruppen. Größtenteils unbeobachtet von der Öffentlichkeit, von staatlichen Stellen belächelt und verharmlost, können die Akteur*innen über Jahrzehnte Strukturen und Netzwerke aufbauen. Die eigene Gemeinschaft wird ideologisch ab dem Kindesalter geschult und gefestigt. Sie bietet eine Infrastruktur und festigt langjährige Kontakte in der eigenen Szene und darüber hinaus. Die Szene sieht sich dabei selbst als eine Art völkische Avantgarde. Völkisches Elitedenken, (extrem) rechten Ideologie und der Zugang zu Waffen sind immer eine gefährliche Mischung.

NPD und Eschede

Sehnsuchtsort des völkischen Neonazismus der Region

Eschede liegt am südlichen Rand der Lüneburger Heide im Landkreis Celle. Bis Hannover sind es knapp 40 Kilometer. Warum die Entwicklungen in diesem kleinen Ort trotzdem auch für Hannover und die Region relevant sind und was dort in den letzten Jahren passiert ist, soll im Folgenden kurz beschrieben werden.
Seit mehr als 25 Jahren finden in Eschede, genauer gesagt kurz vor Eschede auf dem sogenannten „Hof Nahtz“ vom Ehepaar Renate und Joachim Nahtz extrem Rechte Treffen und Veranstaltungen statt. Dazu zählen vor allem völkische Feierlichkeiten wie Erntedankfeste, Winter- und Sonnenwendfeiern sowie Zeltlager verschiedener Gruppierungen wie bspw. der mittlerweile verbotenen HDJ. Aber auch Parteiveranstaltungen der NPD und deren Jugendorganisation JN sowie neonazistische Wehrsportübungen finden regelmäßig auf dem Hof statt. Zu den Veranstaltungen kommen bis zu 250 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Diese Veranstaltungen sind dabei immer auch Vernetzungs- und Anziehungspunkt der Szene und wichtiges Mittel zur Stärkung des internen Zusammenhalts.

Die letzten Jahre stand es nicht allzu gut um den Hof. Es gab Razzien, bei denen Waffen gefunden wurden, Joachim Nahtz musste mehrfach Geldstrafen zahlen, da er auf seinem maroden Hof verbotene Asbest-Platten verbaute. 2013 schließlich musste Nahtz einen Großteil seiner Ländereien verkaufen – ihm

Kinder bei Erntedankfeier auf Hof Nahtz, Quelle: Recherche Nord

Dennis Bührig und Joachim Nahtz, Quelle: Moritz Siman

blieben nur noch der Hof und wenige hundert Quadratmeter Wiese. 2014 brannte zudem die Scheune auf dem Hof ab, ob Unfall oder von den Neonazis bewusst gelegter Brand ist bis heute nicht abschließend geklärt. Die prekäre Lage des baufälligen Hofes änderte sich jedoch spätestens im Februar 2019. Der niedersächsische Landesverband der NPD kaufte dem Ehepaar Nahtz den Hof ab. Im Vorfeld war der Landesverband durch Erbschaften an größere Geldmengen gelangt.
Der Hof wird seitdem kontinuierlich aus- und umgebaut. Wichtige Bereiche wie das Dach oder die Kläranlage werden erneuert. Regelmäßig finden Arbeitseinsätze auf dem Gelände statt, um den Hof langfristig als „Bildungs- und Gemeinschaftszentrum des nationalen Niedersachsen“ auszubauen.

Mit dem Kauf der Immobilie durch die NPD änderte sich auch das Auftreten der Neonazis im Ort. Blieben sie in den vergangenen Jahren meist auf ihrem Hof und versuchten möglichst wenig in der Öffentlichkeit zu stehen, änderte sich dies ab 2019. Es wurden zahlreiche Aufmärsche durch den Ort angekündigt und durchgeführt, Flyer verteilt, Interviews gegeben und versucht sich aktiv ins gesellschaftliche Leben vor Ort einzubringen. Bisheriger Höhepunkt dieses Vorgehens war die Kandidatur des eigentlich in Rotenburg lebenden NPD Landesvorsitzenden Manfred Dammann für die Bürgermeisterwahl 2021 in Eschede.
Nachdem die NPD in den letzten Jahren der Bedeutungslosigkeit entgegenstrebte, versucht sie nun unter massivem Einsatz ihrer personellen sowie finanziellen Ressourcen diesem Trend entgegenzutreten und investiert in ihr letztes verbliebenes Projekt in Niedersachsen. Dabei wird versucht einen Anlaufpunkt zu schaffen, welcher weit über die eigene Partei hinaus reicht und somit ihre Bedeutung innerhalb der extrem rechten Szene stärkt.

Dass dieses Vorgehen bereits seine Wirkung entfaltet, zeigt sich beispielhaft auch an der Mobilisierung für die Feierlichkeiten zur Wintersonnenwende 2021. Neben den üblichen,

meist internen Mobilisierungen über die eigenen Social-Media-Konten tauchten im November und Dezember auch zahlreiche Plakate im Norden Hannovers auf, welche für eine Teilnahme warben. Mindestens auf geographischer Ebene stehen diese Plakat-Aktionen im Zusammenhang mit weiteren extrem Rechten Aktionen der öffentlichen Raumnahme wie das Verkleben von neonazistischen Stickern oder das Sprühen von extrem rechten Graffitis im gleichen Gebiet.

Die große Gefahr, welche vom Hof und dem Ausbau als “Gemeinschaftszentrum” ausgeht, ist daher nicht nur die direkte Präsenz und die damit einhergehende Gefahr in Eschede, sondern die Strahlkraft, die von diesem Ort weit über Eschede und den Landkreis Celle hinaus geht. Junge, extrem rechte Personen, nutzen den Ort. um sich zu vernetzen und sich kennenzulernen. Sie werden dort geschult und motiviert, eigene Aktionen durchzuführen. Zudem treffen sie auf ältere Neonazis, welche nach längerer Zeit ohne direkte politische Aktivitäten reaktiviert werden. Beispielhaft dafür ist der ehemalige Kameradschaftsführer der Celler Kameradschaft 73, Dennis Bührig aus Celle. War es spätestens ab 2014/15 ruhig um ihn geworden, bei Politik und Polizei war sogar die Rede von einem Ausstieg, tauchte er 2019 wieder auf dem Hof Nahtz auf. Seitdem bringt er sich zudem auch in die lokalen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen ein.

Weitere Informationen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie

mbt-niedersachsen.de

Regionalbüro Süd in Hildesheim

» sued@mbt-niedersachsen.de

Betroffenenberatung Niedersachsen

betroffenenberatung.de

Region Süd-Niedersachsen

» sued-nds@betroffenenberatung.de

RIAS Niedersachsen

report-antisemitism.de/rias-niedersachsen

» info@rias-niedersachsen.de

Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen

antifaschistisches-archiv.org

» kontakt@antifaschistisches-archiv.org

Meldet uns rechte Vorfälle!

Um in unserer Chronik einen möglichst großen Anteil der Vorfälle darstellen zu können, sind wir auf eure Mithilfe angewiesen. Meldet uns extrem Rechte Vorfälle!
Dabei ist es vollkommen egal ob es sich um einen rechten Aufmarsch handelt, Schmierereien oder Sticker in eurer Straße oder körperliche oder psychische Übergriffe und Angriffe.

Melden könnt ihr die Vorfälle per Meldeformular auf unserer Website:
https://recherchenetzwerkhannover.org/vorfall_melden/

Aber auch gerne direkt per (verschlüsselter Mail) oder Direktnachricht bei Twitter.
Zur Verifizierung und besseren Einordnung freuen wir uns zudem auch immer über Bildmaterial von Stickern, Graffitis o.ä.